Fang Wang, Xiao-ping Jia, Shi-qing Zheng, Jin-cai Yue

An improved MT-NT method for gross error detection and data reconciliation.

'in groβbritannien war die erste frauenbewegung bekanntlich sehr stark, und der kampf der suffragetten um die erlangung des wahlrechts für frauen hat über die grenzen großbritanniens hinaus beachtung gefunden. daher wäre eigentlich durchaus zu erwarten gewesen, dass frauen auch eine hohe repräsentanz im britischen parlament erzielen. großbritannien nimmt jedoch in bezug auf die politische partizipation von frauen im europäischen vergleich bis heute eine nachgeordnete rolle ein. in der vorliegenden studie erfolgt daher eine eingehende analyse der unterrepräsentation von frauen in der britischen politik. die autorin setzt sich eingehend mit gängigen erklärungsansätzen auseinander und erweitert das drei-determinanten-modell um einen vierten faktor, nämlich identität, während fragen der identität bisher nur in qualitativen untersuchungen beachtung gefunden haben, wird dieser faktor in dieser studie integriert. anhand einer reihe identitätstheoretischer ansätze begründet die autorin das verhältnis von identität und politischer partizipation und leitet zudem aus dem theoretischen korpus analysewerkzeuge für ihre qualitative untersuchung ab. durch die interviews mit britischen labour-politikerinnen werden abschließend politikerinnentypen gebildet, welche das verhältnis von identität und politischer partizipation widerspiegeln und zudem rückschlüsse auf die politische praxis zulassen.'

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikerinnen Teilzeitarbeit als ambivalente Strategie hoch für Franen Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder Altendorfer 1999; Tálos 1999). wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als "Zuverdienst" von Ehefrauen und zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das male- breadwinner-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit "Bedürfnisinterpretation" (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschafterInnen verlangen

hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der "Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit" im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engage-ments (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es empirische Evidenzen dafür, Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2006s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Ttigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die Beanspruchungspraxis und die politische Rede über Zeit- und Tätigkeitsstrukturen dieser Gruppe belegen, entgegen den oben skizzierten Positionen, dass Beruf und Beruf bzw. Beruf und Karriere vereinbar sind. Diese Form der Arbeitszeitreduktion bei öffentlich Bediensteten mit politischem Mandat wird jedoch weder als Teilzeitbeschäftigung diskutiert, noch ist sie